



Friedrich Haag

Sprecher für Wohnungsbau und individuelle Mobilität
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

REDE

**anlässlich der Aktuellen Debatte auf Antrag der FDP/DVP-Fraktion
„Klimaschutz mit erneuerbaren Kraftstoffen –
Aus für Verbrenner-Aus nicht länger aufschieben“**

**am 10. April 2024
im Landtag von Baden-Württemberg**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Alarmzeichen in der deutschen Automobilindustrie stehen auf Rot. Bosch, Mercedes, MAHLE, ZF: Es vergeht kaum eine Woche ohne schlechte Nachrichten aus der Automobil- und Zulieferindustrie. Es werden massenweise Stellen ins Ausland verlagert oder abgebaut. Fast täglich müssen die Beschäftigten in den Unternehmen um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze bangen, weil diese Firmen am Verbrenner hängen. Genauso wie zahlreiche kleine Firmen unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Sogar der Lieblingsautoexperte der Grünen, Ferdinand Dudenhöffer, sagt: Die „All Electric“-Strategie ist gescheitert, der Verbrenner ist für die nächsten 100 Jahre gesichert. Ich glaube, den Grünen ist gar nicht bewusst, von welchen Dimensionen wir hier reden, wenn sie den Verbrenner von der Straße weghaben wollen: 135 Milliarden Euro Jahresumsatz und jeder vierte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg hängen am Fahrzeugbau!

Und Sie wollen alles in eine Technologie stecken, bei der wir mit unseren Wettbewerbern weltweit überhaupt nicht mithalten können! Das halte ich für einen schweren Fehler. Soweit darf es auf keinen Fall kommen! Wir müssen das, was die Firmen beherrschen und womit die Unternehmen hier Geld verdienen können, weiter ermöglichen - und klimafreundlich machen. Und das geht mit synthetischen Kraftstoffen!

Wir sind hier im Land Weltmarktführer in der Verbrennertechnologie! Wie verrückt ist es bitte, dass diese Landesregierung so leichtfertig dazu bereit ist, diese Marktführerschaft herzugeben? Und zu warten, bis die chinesische Forschung und Industrie uns endgültig überholt? Das führt uns in eine neue Abhängigkeit! Dabei ist nicht der Verbrenner das Problem, sondern der fossile Kraftstoff.

Die vom Verkehrsminister angepriesene „Mobilitätswende“ fällt zudem unter die Kategorie Märchen. Vor allem junge Menschen würden zunehmend Bus und Bahn statt ein Auto nutzen. Lesen Sie lieber mal Ihre Bevölkerungsbefragung „Mobilität und Verkehr in Baden-Württemberg“ richtig.

Landtagsbüro
Haus des Landtags

✉ Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
☎ 0711 2063 9240
📞 0711 2063 149240

@ friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
🌐 www.friedrich-haag.de
f /haagfdp
📷 /haagfdp

Wahlkreisbüro
Stuttgart

✉ Weißenburgstraße 29
70180 Stuttgart
☎ 0711 9459 1111

64 Prozent sagen, dass man ein Auto benötigt, selbst wenn es gute Mobilitätsangebote, wie einen verlässlichen ÖPNV. 48 Prozent der Jüngeren haben Verspätungen des ÖPNV zum Anlass genommen, ihre Mobilitätsroutinen zu ändern. Ja was heißt das denn? Es gibt eine Mobilitätswende. Und zwar weg vom ÖPNV hin zum Auto!

Komisch, dass laut TÜV-Verband in Deutschland noch nie so viele Fahrprüfungen absolviert wurden wie 2023. Bundesweit rund 2 Millionen Fahrprüfungen – Höchststand!

Auch die Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamts sagen etwas Anderes:

- Die Anzahl der in Deutschland gemeldeten Pkw erreichte am 1. Januar 2024 mit rund 49,1 Millionen Fahrzeugen den höchsten Wert aller Zeiten.

Und dann glauben Sie ernsthaft immer noch, von einem veränderten Mobilitätsverhalten, weg vom Auto, sprechen zu können. Das ist doch absurd!

Sprechen Sie doch mal mit den Automobilhändlern vor Ort und fragen sie, wie gut die E-Mobilität von den Kunden angenommen wird. Dann werden Sie merken: Sie haben Ihre Rechnung ohne die Kunden und deren Bedürfnisse gemacht!

Sie führen einen Kulturkampf gegen das Auto! Sie wollen einfach nicht, dass die Menschen die individuelle Mobilität mit einem eigenen PKW nutzen, egal ob klimafreundlich oder nicht. Und da ist Ihnen jedes Hilfsmittel recht. Das ist mit uns Liberalen nicht zu machen!

Auch den sozialen Aspekt dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Menschen mit geringem Einkommen werden sich kein E-Auto leisten können. Den günstigen Gebrauchten wird es dann nicht mehr geben, denn mit einer 4 Jahren alten Batterie ist das E-Auto ein wirtschaftlicher Totalschaden. Und es gibt nun mal nicht nur reiche Menschen mit Einfamilienhaus und Solaranlage auf dem Dach, wo ein E-Auto Sinn macht. Die individuelle Mobilität darf nicht zum Luxus Einzelner werden!

Fakt ist: Verbrenner-Zulassungen steigen: Bei den Neuzulassungen von Benzinern gab es 2024 ein Plus von 17% Prozent im Januar! Durch die jahrelange Blockade der Grünen gegen synthetische Kraftstoffe wurde dem Klima ein wirklicher Bärendienst erwiesen. Das bedeutet: Es wird weiterhin mehr fossiles Rohöl benötigt, statt klimafreundliche synthetische Kraftstoffe ausreichend zur Verfügung zu haben. Und für die Bestandsflotte haben Sie erst recht keine Lösung oder wollen auch keine.

Ernst & Young hat kürzlich ausgerechnet: Der Umstieg auf Elektroautos könnte den Bund bis 2030 rund 50 Milliarden Euro an Steuergeldern kosten – trotz der Streichung der Elektroautoprämie. Mit synthetischen Kraftstoffen haben wir eine nachhaltige Lösung, die verhindert, dass wir diesen zusätzlichen Milliardenausbau von Stromleitungen aus Steuergeldern bezahlen müssen. Selbst der Präsident des Bundesverbands E-Mobilität, Kurt Sigl, gibt zu, dass die jetzigen Stromleitungen nur für die aktuell zugelassenen E-Fahrzeuge reichen, aber nicht mehr. Und von einem Verbrennerverbot hält nicht einmal er etwas.

Herr Minister, wir haben ja schon oft über dieses wichtige Thema hier gesprochen. Und jedes Mal sagten Sie: Die Industrie habe sich längst entscheiden. Nebenbei: Das hat ja nie gestimmt. Denn die Unternehmen wurden von politischen Akteuren wie Ihnen in diese Richtung getrieben - ob sie wollten oder nicht!

Es kommen doch ganz klare Botschaften aus den Unternehmen: die nicht zu überhören sind:

- MAHLE-Chef Franz hat vor 4 Wochen in einem FAZ-Interview die Aufhebung des vollständigen Verbrenner-Verbots gefordert.
- BMW-Chef Zipse hat das Verbrenner-Aus als „fahrlässig“ bezeichnet, weil es die Kundenbedürfnisse und die Marktrealitäten ignoriert!
- Mercedes-Chef Källenius sagt: Er kenne den Zeitpunkt für den letzten Verbrenner nicht. Das Produktangebot richte sich nach den Kundenwünschen.

Und die Betriebsräte von Bosch, Mahle und ZF haben bereits im letzten Jahr einen Brandbrief geschrieben und alle Optionen für einen nachhaltigen Klimaschutz gefordert. Deswegen kann es nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg sein, am Verbrenner-Verbot festzuhalten.

Das Verbot des Verbrennungsmotors ist falsch und aus wirtschaftlicher Sicht auch ziemlich dumm. Ich gebe Ihnen schon jetzt die Prognose, spätestens bei der Revision 2026 - wenn es so lange überhaupt hält - wird das Verbrenner-Verbot fallen. Wir brauchen mehrere Antriebslösungen. Und die Lüge von 0 Gramm CO₂ je km beim Elektroauto muss endlich durch Fakten ersetzt werden. Fakten statt Ideologie!

Vor Kurzem wurde die Aufnahme von XTL-Kraftstoffen in die 10. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung im Bundeskabinett beschlossen. Auf Druck der FDP haben wir damit schon einen großen Schritt in Richtung Klimaschutz im Verkehr getan. Schon bald können alle Bürger den erneuerbaren HVO100-Diesel aus Rest- und Abfallstoffen tanken. Das ist 90 Prozent CO₂-Einsparung ab sofort!

Auch hier tritt die Realität anders ein als von den Grünen propagiert: Denn jetzt steht der erneuerbare Kraftstoff auch den Kraftfahrzeugen zur Verfügung - und nicht nur Schiffen und Flugzeugen, wie sie es immer betonen.

Und deshalb kann es nur eine Botschaft aus Baden-Württemberg geben: Das geplante Verbrenner-Aus muss zu Gunsten unserer Wirtschaft, unseres Wohlstandes und unserer Arbeitsplätze fallen und zwar sofort!